

MÜHLENKREIS

KURIER

zwischen Weser und Spree



Liebe Leserinnen und Leser,

mit der Zustimmung der Parteibasis der SPD zum Koalitionsvertrag ist nun der Weg frei für die Wahl des Bundeskanzlers in der kommenden Woche.

Friedrich Merz wird der 10. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und wir als CDU übernehmen wieder Verantwortung für unser Land.

Vor uns liegt ein Berg voll Arbeit, denn es geht um nicht weniger als die Zukunft unseres Landes.

In diesem Newsletter stelle ich daher die Vorhaben und das Unions-Personal unserer nächsten Bundesregierung vor.

Eine spannende Lektüre wünscht Ihnen

Ihr Oliver Vogt

500 Milliarden Euro Schulden für Investitionen in unsere Infrastruktur

Die neue Koalition hat sich mit einem neuen Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro zusätzliche Ausgaben für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz ermöglicht – außerhalb der regulären Schuldenbremse. Auch wenn ich diese Entscheidung mittrage, tue ich das nicht leichtfertig. Zu viele Bürgerinnen und Bürger fragen sich inzwischen zu Recht, ob der Staat überhaupt noch Prioritäten setzen will – oder ob neue Sondertöpfe bloß dazu dienen, fehlende politische Steuerung zu kaschieren.

Richtig ist: Deutschland muss wieder investieren – in eine bessere digitale Infrastruktur, funktionierende Verkehrsnetze, bezahlbare Energie und eine sicherere Zukunft. Doch diese Investitionen dürfen nicht zur Ausrede werden, um bestehende Ausgaben nicht zu hinterfragen. Wer neue Schulden macht, muss gleichzeitig endlich den Mut

aufbringen, überholte oder ineffiziente Ausgaben zu kürzen. Der Aufbau eines Sondervermögens ersetzt keine echte Haushaltspolitik. Es ist ein Schritt, der nur dann verantwortbar ist, wenn ihm klare Strukturreformen folgen. Die Gefahr ist groß, dass gut gemeinte Programme an der Realität vorbeigehen – und am Ende Jobs und Wohlstand gefährden.

Ich habe dieser Grundgesetzänderung zugestimmt, weil Deutschland ein starkes Signal braucht – für Sicherheit, für Zukunftsinvestitionen und für internationale Verlässlichkeit.

Aber ich erwarte, dass die nun kommende Bundesregierung diese Entscheidung nicht als Blankoscheck versteht, sondern als Verpflichtung: zur Konsolidierung, zur Neuordnung des Bundeshaushalts und zur Rückkehr zu einer Politik, die auf Nachhaltigkeit statt auf Symbolik setzt.

Carsten Linnemann bleibt CDU-Generalsekretär

Carsten Linnemann hat sich gegen ein Ministeramt entschieden – und für die Partei. Das ist keine Absage an Regierungsverantwortung, sondern ein klares Bekenntnis zur Rolle der CDU als gestaltende Kraft. Gerade jetzt, wo es darum geht, Vertrauen zurückzugewinnen und einen echten Politikwechsel einzuleiten, braucht es eine starke Parteiführung mit Profil. Carsten Linnemann steht für Klartext, Reformwillen und Nähe zur Basis. In den letzten Jahren hat er maßgeblich dazu beigetragen, die CDU programmatisch zu schärfen, die Kommunikation zu modernisieren und die Partei strukturell neu aufzustellen.

Seine Entscheidung zeigt: Es geht ihm nicht um Posten, sondern um Wirkung. Um die Aufgabe, die CDU nicht nur in der Regierung, sondern auch als Partei mit starker Identität sichtbar und handlungsfähig zu halten.



Diese Entscheidung verdient Respekt. Sie zeigt Haltung – und ist ein starkes Signal an Partei, Regierung und Land.

Kleiner Parteitag billigt den Koalitionsvertrag



Deutschland steht an einem Wendepunkt.

Die Herausforderungen unserer Zeit sind komplexer geworden: wirtschaftliche Unsicherheit, überforderte Verwaltung, steigende Anforderungen an Bildung und Pflege, geopolitische Spannungen – und das alles in einer Welt, die sich in rasantem Tempo verändert. Vor diesem Hintergrund haben CDU, CSU und SPD einen Koalitionsvertrag ausgehandelt, der nun vom CDU-Bundesausschuss mit klarer Mehrheit beschlossen wurde. Dieser Vertrag ist nicht das Ergebnis von Stillstand oder Formelkompromissen, sondern ein mutiger Schritt hin zu einer handlungsfähigen Mitte, die Verantwortung übernimmt.

Friedrich Merz hat es deutlich gemacht: Es geht nicht um Symbolpolitik, sondern um konkrete Lösungen. Um einen Staat, der effizient funktioniert. Um eine Wirtschaft, die wieder wachsen kann. Um innere und äußere Sicherheit, die verlässlich schützt. Und um eine Gesellschaft, in der Zusammenhalt kein leeres

Wort bleibt. „Wir bilden eine Arbeitskoalition“, so Merz – mit klaren Zielen, mit einem klaren Plan und dem festen Willen, unser Land wieder nach vorne zu bringen.

Die CDU konnte in vielen zentralen Bereichen wichtige Akzente setzen: beim Stopp irregulärer Migration, bei der Entlastung des Mittelstands, bei der Stärkung der Bundeswehr und einer klugen Klimapolitik mit Technologieoffenheit statt Verbotsdenken. Gleichzeitig werden Familien, Pflegekräfte und Rentnerinnen und Rentner gestärkt – ebenso wie die ländlichen Räume, die jahrzehntelang zu oft übersehen wurden. Kurz gesagt: Die Weichen für einen echten Politikwechsel sind gestellt.

In diesem Newsletter habe ich auf den letzten Seiten einen kompakten Überblick über die wichtigsten politischen Vorhaben der neuen Bundesregierung aufgeführt. Sie erfahren, was konkret geplant ist, welche Veränderungen bevorstehen und wie sich die neue Regierung aufstellt, um diesen Aufgaben gerecht zu werden.

Das sagen andere:

Im Mindener Tageblatt ist im Rahmen der Bundestagswahl ein Profil über mich erschienen:

Minden In die erste Reihe drängelt sich Dr. Oliver Vogt nicht so gerne. „Hoppla, hier komm’ ich, ist nicht so mein Ding“, sagt der 47-Jährige. Damit, bei den Menschen im Kreis Minden-Lübbecke vor der Haustür zu stehen, hat der Espelkamper aber keine Probleme. Für seinen erneuten Einzug in den Deutschen Bundestag hat der CDU-Politiker den Haustürwahlkampf für sich entdeckt. Die blauweiße Laufsohle geschnürt – sie sind ein Geschenk seiner heimischen Parteikollegen „für einen kurzen und knackigen Wahlkampf“ – geht Vogt, in der Hoffnung auf gute Gespräche, von Haus zu Haus.



„Das mache ich gern“, sagt der Mann, der bereits seit 2021 den Mühlenkreis im Bundestag vertritt und auch an der Spitze der CDU im Mühlenkreis steht. Oliver Vogt war schon immer unterwegs – manchmal auch auf Umwegen. So ist er zur CDU über den Umweg DDR gekommen. Aufgewachsen in Thüringen, zog er 1991 mit 14 Jahren nach Espelkamp, wo sein Vater nach der Wende einen Job fand...

Der ganze Artikel findet sich [hier](#)

Klare Perspektiven in der Pflege



Gemeinsam mit NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann habe ich die Diakonie Stiftung Salem in Minden besucht – einen beeindruckenden Träger sozialer Verantwortung in unserer Region. In Gesprächen mit Auszubildenden, Mitarbeitenden und der Leitung wurde deutlich: Pflege braucht klare politische Unterstützung, weniger Bürokratie und verlässliche Finanzierung. Besonders beeindruckend waren die innovativen Ansätze der Pflegeausbildung sowie der Einsatz digitaler Technologien. Minister Laumann machte deutlich, dass die Pflegeversicherung vor großen finanziellen Herausforderungen steht – jetzt braucht es mutige Reformen. Für mich ist klar: Die Pflege ist systemrelevant. Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, die Innovation ermöglichen, Personal entlasten und Perspektiven schaffen – für alle, die täglich Großes leisten.

Philipp Amthor zu Besuch in Espelkamp

Philipp Amthor ist nicht nur ein geschätzter Kollege und profilierter Bundestagsabgeordneter – uns verbindet auch die fast 35-jährige Städtepartnerschaft zwischen Espelkamp und seinem Heimatort Torgelow. Sein Besuch in Espelkamp war daher nicht nur symbolisch, sondern auch politisch sehr passend. Gemeinsam mit Kommunalpolitikerinnen und -politikern haben wir darüber diskutiert, wie wir unseren Staat modernisieren und die Handlungsfähigkeit der Kommunen stärken können.



Als ehemaliges Ratsmitglied und heutiger Kreistagsabgeordneter weiß ich: Eine funktionierende Stadt- und Gemeindeverwaltung ist das Fundament eines starken Staates. Deshalb müssen wir Bürokratie abbauen und veraltete Strukturen überdenken – auch auf Bundesebene. Wenn die Zahl der Ministeriumsmitarbeiter in zehn Jahren fast verdoppelt wurde, ist es Zeit für ein Umdenken. Wir wollen die Zahl der Regierungsbeauftragten halbieren – als klares Zeichen für mehr Effizienz und weniger Bürokratie.

Feierliches Gelöbnis der Mindener Pioniere

Es war mir eine große Ehre, beim Feierlichen Gelöbnis der Mindener Pioniere am Kaiser-Wilhelm-Denkmal in Porta Westfalica sprechen zu dürfen. Bei strahlendem Sonnenschein haben die Rekrutinnen und Rekruten ihr öffentliches Gelöbnis abgelegt – ein starkes Zeichen für Verantwortung, Treue und Einsatz für unser Land.



Als heimischer Bundestagsabgeordneter habe ich meinen tiefen Respekt gegenüber den Soldatinnen und Soldaten des Deutsch/Britischen Pionierbrückenbataillons 130 zum Ausdruck gebracht. Ihr Dienst verdient höchste Anerkennung. Ich habe zudem deutlich gemacht, dass die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen – nicht zuletzt durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine – große Anstrengungen von uns allen verlangen. Der Deutsche Bundestag hat deshalb die Ausgaben für unsere Verteidigung deutlich priorisiert.

Jens Spahn zu Gast bei der Wortmann AG

Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft – das wurde bei meinem Besuch bei der WORTMANN AG in Hüllhorst einmal mehr deutlich. Gemeinsam mit Jens Spahn, stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, habe ich mit Unternehmensgründer Siegbert Wortmann und seiner Tochter Svenja über die drängenden Herausforderungen gesprochen.



Hohe Abgaben, wachsende Bürokratie und langsame Verwaltungsprozesse bremsen unsere Unternehmen aus. Ein Brandbrief von Siegbert Wortmann macht klar: Jetzt ist politisches Handeln gefragt! Ich setze mich im Bundestag dafür ein, die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, Bürokratie konsequent abzubauen und digitale Verwaltungsprozesse zu stärken.

Unser Mittelstand braucht Rückenwind – nicht neue Hürden!

Dankeschön für die starke Unterstützung!

Ich bin sehr dankbar für die breite Unterstützung, die ich im Wahlkampf erfahren durfte. Ohne den engagierten Einsatz zahlreicher Helferinnen und Helfer, Unterstützerinnen und Unterstützer – ob an den Infoständen, beim Haustürwahlkampf oder hinter den Kulissen – wäre dieser Erfolg nicht möglich gewesen.

Gemeinsam haben wir gezeigt, dass die CDU im Mühlenkreis stark verwurzelt ist und für Verlässlichkeit, Maß und Mitte steht. Das Direktmandat ist nicht mein persönlicher Erfolg, sondern das Ergebnis einer großartigen Teamleistung.



Ich werde alles daransetzen, dieses Vertrauen im Deutschen Bundestag mit klarer Haltung und starker Stimme für unsere Region zu vertreten. Herzlichen Dank für Ihren und euren Einsatz!

Das neue Bundeskabinett

Bundeskanzleramt

Aufgaben:

Im neuen Koalitionsvertrag bekommt das Bundeskanzleramt mehr Verantwortung für die Sicherheit Deutschlands – sowohl im Inneren als auch nach außen. Dafür soll ein neuer Nationaler Sicherheitsrat entstehen, der direkt im Kanzleramt angesiedelt ist. Dieser soll dafür sorgen, dass die verschiedenen Bereiche der Sicherheits-, Außen- und Entwicklungspolitik besser zusammenarbeiten. Auch die Nachrichtendienste sollen neu geordnet werden: Ihre Aufgaben und Grenzen werden klarer geregelt, damit Datenschutz und Kontrolle besser gewährleistet sind. Um Deutschland besser vor Angriffen im Internet zu schützen, wird eine neue zentrale Stelle geschaffen, die moderne Technik zur Abwehr von Cyberangriffen bereitstellt. Auch bestehende Einrichtungen wie das Nationale Cyber-Abwehrzentrum sollen gestärkt werden. Zusätzlich plant die Bundesregierung einen neuen Einsatzplan, um auf Krisen – wie Naturkatastrophen oder Angriffe – besser vorbereitet zu sein. Dieser Plan wird ebenfalls vom Kanzleramt koordiniert.

Auswärtiges Amt

Aufgaben:

Das Auswärtige Amt wird in den kommenden Jahren eine Schlüsselrolle dabei spielen, Deutschlands Außenpolitik verantwortungsvoll und zukunftsorientiert zu gestalten. Ein zentrales Anliegen ist die umfassende Unterstützung der Ukraine. Deutschland bekennt sich klar zur Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine und wird sie weiterhin militärisch, politisch und humanitär unterstützen. Dazu gehören auch Maßnahmen für den Wiederaufbau und die Stärkung der ukrainischen Demokratie. Gemeinsam mit internationalen Partnern setzt sich Deutschland für einen gerechten und dauerhaften Frieden ein, bei dem die Ukraine aus einer Position der Stärke verhandeln kann. Darüber hinaus wird das Auswärtige Amt die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen und der Europäischen Union intensivieren. Ziel ist es, globale Herausforderungen wie den Klimawandel, die Bekämpfung von Armut und die Förderung von Menschenrechten gemeinsam anzugehen. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Unterstützung von Ländern in Krisensituationen durch gezielte humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Auch die Förderung von Bildung, Kultur und Wissenschaft im Ausland bleibt ein wichtiger Bestandteil der deutschen Außenpolitik. Durch Austauschprogramme und kulturelle Initiativen soll das gegenseitige Verständnis gestärkt und Deutschlands Ansehen in der Welt gefördert werden.

Minister:



Thorsten Frei
*Bundesminister für
besondere Aufgaben*

Staatsminister:

Michael Meister
Wolfram Weimer
Christiane Schenderlein

Minister:



Johann Wadephul
*Bundesminister des
Auswärtigen*

Staatsminister:

Serap Güler
Günther Krichbaum
Florian Hahn

Das neue Bundeskabinett

Bundesministerium des Inneren

Aufgaben:

Das Bundesinnenministerium wird in den nächsten Jahren die Sicherheit in Deutschland deutlich verbessern. Dafür werden Polizei und Katastrophenschutz personell und technisch gestärkt. Die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden wird intensiviert, damit Gefahren frühzeitig erkannt und schneller gehandelt werden kann. Auch der Schutz vor Cyberangriffen wird ausgebaut: Die IT-Systeme des Staates werden sicherer gemacht, und es fließen gezielte Investitionen in moderne Technik. Um die Bevölkerung besser vor Katastrophen zu schützen, wird das Technische Hilfswerk ausgebaut und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz modernisiert. In der Migrationspolitik schlägt die Bundesregierung einen neuen Kurs ein. Illegale Einreisen werden reduziert, legale und geordnete Wege der Zuwanderung dagegen verbessert. Der Familiennachzug wird für bestimmte Gruppen vorübergehend ausgesetzt, und Abschiebungen in bestimmte Herkunftsländer werden wieder möglich gemacht. Menschen, die gut integriert sind, erhalten hingegen bessere Chancen auf ein dauerhaftes Bleiberecht. Die Integration wird mit Sprachkursen, Beratung und klaren Integrationsvereinbarungen gezielt gefördert. Darüber hinaus wird das Innenministerium die Städte und Gemeinden dabei unterstützen, öffentliche Räume sicherer zu gestalten, Gewalt vorzubeugen und demokratische Werte im Alltag zu stärken.

Bundesministerium für Verkehr

Aufgaben:

Das Bundesministerium für Digitales und Verkehr wird die Mobilität in Deutschland moderner, klimafreundlicher und verlässlicher gestalten. Dafür werden Straßen, Brücken, Schienen und Bahnhöfe saniert und besser miteinander verknüpft. Besonders der Schienenverkehr wird gestärkt: Das Netz wird digitalisiert und elektrifiziert, mehr Züge sollen pünktlich und im regelmäßigen Takt fahren. Auch kleinere Bahnhöfe werden barrierefrei ausgebaut. Im Straßenverkehr liegt der Fokus auf mehr Sicherheit und sauberer Mobilität. Der Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Autos wird beschleunigt, besonders für Betriebe und Speditionen. Gleichzeitig wird der Rad- und Fußverkehr gezielt gefördert, und neue Technologien wie das autonome Fahren werden in Modellregionen erprobt. Das Deutschlandticket bleibt erhalten. Der öffentliche Nahverkehr wird ausgebaut, besser finanziert und technisch modernisiert. Damit wird der Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn attraktiver. Auch gegen den Fahrermangel im Güterverkehr wird etwas getan: Die Ausbildung von Berufskraftfahrern wird verbessert und stärker unterstützt.

Minister:



Alexander Dobrindt
Bundesminister des Inneren

Parlamentarische Staatssekretäre:

Daniela Ludwig
Christoph de Vries

Minister:



Patrick Schnieder
Bundesminister für Verkehr

Parlamentarische Staatssekretäre:

Christian Hirte
Ulrich Lange

Das neue Bundeskabinett

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Aufgaben:

Das Bundeswirtschaftsministerium wird in den kommenden Jahren zentrale Weichen für Wachstum, Klimaschutz und Digitalisierung stellen. Ziel ist es, Deutschland als starken Wirtschaftsstandort zu sichern und fit für die Zukunft zu machen. Der Mittelstand, das Handwerk und Start-ups werden durch weniger Bürokratie, einfachere Genehmigungen und bessere Förderprogramme gestärkt. Auch der Zugang zu Fachkräften wird erleichtert, indem Verfahren zur Anerkennung und Zuwanderung beschleunigt werden. Ein Schwerpunkt liegt auf der Energiewende. Das BMWK wird den Ausbau der erneuerbaren Energien wie Wind- und Solarstrom weiter vorantreiben, damit Energie bezahlbar, sicher und klimafreundlich bleibt. Auch der Ausbau der Stromnetze und Speicher sowie Investitionen in neue Technologien wie Wasserstoff spielen dabei eine wichtige Rolle. Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit wird das Ministerium die Digitalisierung der Wirtschaft fördern. Forschung, Entwicklung und Innovation werden gezielt unterstützt – etwa im Bereich Künstliche Intelligenz oder klimafreundlicher Industrieproduktion. Mit einem neuen Deutschlandfonds werden Investitionen angestoßen, um private Mittel für Zukunftsprojekte zu mobilisieren. Das Ministerium wird außerdem dafür sorgen, dass faire Bedingungen für alle Unternehmen herrschen – vom Handwerksbetrieb bis zum internationalen Konzern – und sich auf europäischer Ebene für wirtschaftliche Unabhängigkeit und sichere Lieferketten einsetzen.

Ministerin:



Katharina Reiche
*Bundesministerin für
Wirtschaft und Energie*

Parlamentarische Staatssekretäre:

Gitta Connemann
Stefan Rouenhoff

Bundesministerium für Gesundheit

Aufgaben:

Das Bundesgesundheitsministerium wird die medizinische und pflegerische Versorgung in Deutschland strukturell verbessern. Dafür wird die Krankenhausreform fortgeführt, sodass Krankenhäuser besser finanziert, effizienter organisiert und an den tatsächlichen Bedarf vor Ort angepasst werden. Vor allem in ländlichen Regionen sollen grundlegende Leistungen wie Notaufnahmen, Geburtshilfe und innere Medizin langfristig gesichert bleiben. Auch in der Pflege wird umgesteuert: Bürokratie wird abgebaut, Pflegekräfte erhalten mehr Verantwortung, und neue Pflegeberufe werden gesetzlich verankert. Eine große Pflegereform soll außerdem dafür sorgen, dass die Leistungen bezahlbar bleiben und Angehörige besser unterstützt werden. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Digitalisierung. Die elektronische Patientenakte wird eingeführt, unnötige Doppeluntersuchungen sollen vermieden werden. Gleichzeitig wird die IT-Sicherheit verbessert und der Austausch zwischen Ärztinnen, Pflegekräften und Krankenkassen vereinfacht..

Ministerin:



Nina Warken
*Bundesministerin für
Gesundheit*

Parlamentarische Staatssekretäre:

Georg Kippels
Tino Sorge

Das neue Bundeskabinett

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Heimat

Aufgaben:

Das Bundeslandwirtschaftsministerium wird die Landwirtschaft in Deutschland nachhaltiger, krisenfester und zukunftsfähiger aufstellen. Dabei sollen sowohl konventionelle als auch ökologische Betriebe gleichwertig gefördert werden. Landwirtinnen und Landwirte erhalten bessere rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen, insbesondere beim Stallbau, bei Tierwohlmaßnahmen und durch Bürokratieabbau. Die Kennzeichnung der Tierhaltung wird vereinfacht und stärker auf das Wohl der Tiere ausgerichtet. Auch der Einsatz moderner Technik – etwa Drohnen oder digitale Anwendungen – wird erleichtert. Der Schutz von Boden, Wasser und Artenvielfalt wird mit Programmen für Blühflächen, Agroforstsysteme und naturschonende Landwirtschaft gestärkt. Die Politik für ländliche Räume wird ebenfalls ausgebaut: Regionen abseits der Großstädte sollen durch bessere Infrastruktur, Mobilfunk und gezielte Investitionen lebenswerter werden. Dabei spielt auch der Umbau der Landwirtschaft hin zu mehr Klimaschutz, Energieeffizienz und regionaler Wertschöpfung eine zentrale Rolle.

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Aufgaben:

Das Ministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird in den kommenden Jahren zentrale gesellschaftliche Aufgaben stärken. In der Bildung liegt der Fokus auf frühkindlicher Förderung, moderner Schule und besseren Chancen für benachteiligte Kinder. Dafür wird ein neues Qualitätsgesetz für Kitas eingeführt und das Startchancen-Programm für Grundschulen ausgebaut. Der Ganztagsausbau an Grundschulen wird beschleunigt, ebenso die Digitalisierung von Schulen. Lehrkräfte sollen besser auf den digitalen Unterricht vorbereitet werden. Familien erhalten mehr Unterstützung – unter anderem durch eine Weiterentwicklung des Elterngelds, mit stärkeren Anreizen für eine partnerschaftliche Aufteilung von Sorgearbeit. Auch Pflegeeltern werden erstmals einbezogen. Der Mutterschutz wird auch für Selbstständige geöffnet. Ein neuer nationaler Aktionsplan soll Betroffene von Gewalt besser schützen und Prävention sowie Täterarbeit stärken. Für ältere Menschen wird die gesellschaftliche Teilhabe gefördert – unter anderem durch digitale Angebote und altersfreundliche Wohnkonzepte. Kinder und Jugendliche erhalten besseren Schutz – insbesondere in der digitalen Welt. Es wird in Jugendfreizeiteinrichtungen, Familienzentren und Angebote für mentale Gesundheit investiert.

Minister:



Alois Rainer
*Bundesminister für
Ernährung,
Landwirtschaft und
Heimat*

Parlamentarische Staatssekretäre:

Silvia Breher
Martina Engelhard-Kopf

Ministerin:



Karin Prien
*Bundesministerin für
Bildung, Familien,
Senioren, Frauen und
Jugend*

Parlamentarische Staatssekretäre:

Mareike Wulff
Michael Brandt

Das neue Bundeskabinett

Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung

Aufgaben:

Deutschland soll digitaler, schneller und bürgerfreundlicher werden. Dafür wird die Bundesregierung eine umfassende Reform von Staat und Verwaltung umsetzen. Ziel ist eine digitale Verwaltung, die sich am Alltag der Menschen orientiert: Viele Leistungen sollen künftig automatisch oder online bereitstehen – etwa der Kindergeldbescheid nach der Geburt. Alle Bürgerinnen und Bürger erhalten dafür ein digitales Konto mit sicherer Identifikation. Der Staat wird effizienter organisiert. Behörden werden zusammengelegt, Bürokratie abgebaut und überflüssige Berichtspflichten gestrichen. Das Ziel: weniger Papierkram, mehr Klarheit. Die Verwaltung soll einfacher, verständlicher und digital nutzbar sein – für Bürger, Unternehmen und Vereine. Auch die digitale Infrastruktur wird ausgebaut. Der Glasfaser- und Mobilfunkausbau wird mit weniger Bürokratie und schnelleren Genehmigungen beschleunigt. Der Staat setzt auf sichere Technologien, offene Standards und Datenschutz – und nutzt Künstliche Intelligenz, um Verwaltungsprozesse zu vereinfachen. Mit einem neuen Deutschland-Stack und einer souveränen Verwaltungscloud wird die IT des Bundes zukunftsfest gemacht.

Minister:



Karsten Wildenberger
*Bundesminister für
Digitales und Staats-
modernisierung*

Parlamentarische Staatssekretäre:

Philipp Amthor
Thomas Jarzombek

Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt

Aufgaben:

Das neue Ministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt wird Deutschland zum Spitzenstandort für Zukunftstechnologien entwickeln. Mit einer Hightech-Agenda fördert die Bundesregierung gezielt zentrale Schlüsselbereiche – darunter Künstliche Intelligenz, Quantentechnologie, Mikroelektronik, Biotechnologie und klimaneutrale Energie. Besonders ambitioniert ist das Ziel, den weltweit ersten Fusionsreaktor in Deutschland zu bauen. Um den Technologietransfer zu beschleunigen, werden neue Förderformate eingeführt, Bürokratie abgebaut und Ausgründungen aus Hochschulen vereinfacht. Auch soziale Innovationen und Forschung an Hochschulen für angewandte Wissenschaften werden stärker unterstützt. In der Raumfahrt startet eine neue Innovationsoffensive: Deutschland investiert in eine robuste Satelliteninfrastruktur und fördert nationale Trägerraketen sowie neue Konzepte wie Hyperloop. Damit soll nicht nur wissenschaftlicher Fortschritt, sondern auch wirtschaftliche Stärke gesichert werden. Das Ministerium bündelt Forschung, Entwicklung und Anwendung unter einem Dach – für eine zukunftsfähige, souveräne und wettbewerbsstarke Technologierepublik.

Ministerin:



Dorothee Bär
*Bundesministerin für
Forschung, Technologie
und Raumfahrt*

Parlamentarische Staatssekretäre:

Silke Launert
Matthias Hauer

Das neue Bundeskabinett

Bundesministerien unter Führung der SPD

In der kommenden Bundesregierung wird die SPD folgende Ministerien übernehmen:

- Bundesministerium der Finanzen: Lars Klingbeil
- Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz: Stefanie Hubig
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Bärbel Bas
- Bundesministerium für Verteidigung: Boris Pistorius
- Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit: Carsten Schneider
- Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Reem Alabali-Radovan
- Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen: Verena Hubertz

In diesen Bereichen wollen wir folgendes erreichen:

Bundesfinanzministerium:

Das Bundesfinanzministerium wird für solide Finanzen, gezielte Entlastungen und mehr Investitionen sorgen. Trotz knapper Kassen bleibt das Ziel, die Schuldenbremse einzuhalten und gleichzeitig Zukunftsaufgaben zu finanzieren. Dafür wird eine Expertenkommission Vorschläge zur Modernisierung der Schuldenregeln vorlegen. Alle Vorhaben der Koalition stehen unter Finanzierungsvorbehalt. Neue Ausgaben dürfen nur getätigt werden, wenn sie dauerhaft gegenfinanziert sind. Der Bundeshaushalt wird stärker priorisiert, unnötige Aufgaben und Subventionen sollen gestrichen oder überprüft werden. Auch das Zuwendungsrecht wird vereinfacht. Steuerlich setzt die Regierung auf Entlastungen für kleine und mittlere Einkommen. Zudem werden Investitionen erleichtert – unter anderem durch bessere Abschreibungen und gezielte Anreize für Unternehmen. Der Bürokratieabbau im Steuerrecht wird vorangetrieben. Auch die Einnahmeseite wird gestärkt: Steuervermeidung und -hinterziehung werden konsequenter bekämpft, etwa durch schärfere Regeln bei Kassensystemen und internationalen Finanzströmen. Gleichzeitig bleibt das Bargeld erhalten, und ein digitaler Euro wird unterstützt.

Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Das Justizministerium wird die Gerichte moderner, schneller und bürgernäher machen. Ein neuer Pakt für den Rechtsstaat stärkt Personal, Digitalisierung und die Verfahrensabläufe. Gerichte sollen besser ausgestattet werden, Verfahren schneller ablaufen, und mit der Bundesjustizcloud sowie digitalen Akten wird die Justiz fit für das digitale Zeitalter gemacht. Auch Online-Verfahren im Zivilrecht werden eingeführt. Der Zugang zum Recht soll vereinfacht werden – etwa durch verständlichere Verfahren, eine neue Plattform für digitale Rechtsanträge und gezielte Unterstützung für Menschen mit geringem Einkommen. Zudem wird das Verfahrensrecht überarbeitet, um langwierige Prozesse zu verkürzen und unnötige Bürokratie abzubauen. Im Verbraucherschutz wird ein besonderes Augenmerk auf den digitalen Raum gelegt. Plattformen sollen mehr Verantwortung übernehmen, Verbraucher besser vor Abo-Fallen, irreführender Werbung oder missbräuchlichem Inkasso geschützt werden. Auch der Ticketzweitmarkt wird reguliert, um überhöhte Preise und Betrug einzudämmen. Nachhaltigkeit und Reparierbarkeit werden durch neue Regeln gestärkt – ganz nach dem Motto: reparieren statt wegwerfen.

Das neue Bundeskabinett

Bundesministerien unter Führung der SPD

Bundesministerium für Arbeit und Soziales:

Das Bundesarbeitsministerium wird den Arbeitsmarkt stärken und den Sozialstaat vereinfachen. Die bisherige Bürgergeldregelung wird zu einer neuen Grundsicherung weiterentwickelt, bei der das Prinzip „Fördern und Fordern“ konsequenter gilt. Wer arbeiten kann, soll schnell in Beschäftigung vermittelt werden – mit individueller Beratung, Qualifizierung und stärkerer Mitwirkungspflicht. Zur Fachkräftesicherung wird die Zuwanderung erleichtert und eine zentrale Agentur für Fachkräfteeinwanderung geschaffen. Gleichzeitig werden Berufsanerkennungen beschleunigt und soziale Berufe attraktiver gemacht – auch durch bessere Bedingungen und mehr Quereinstiege.

In der Rentenpolitik bleibt der abschlagsfreie Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren bestehen. Zusätzlich wird eine neue Aktivrente eingeführt: Wer freiwillig über das gesetzliche Rentenalter hinaus weiterarbeitet, kann bis zu 2.000 Euro monatlich steuerfrei hinzuverdienen. Auch die betriebliche Altersvorsorge wird gestärkt, und neue Vorsorgemodelle wie ein Kindervorsorgedepot eingeführt. Zudem wird die Mütterrente ausgeweitet.

Sozialleistungen sollen bürgerfreundlicher werden: einfacher, digital zugänglich und besser aufeinander abgestimmt. Eine neue Kommission entwickelt Vorschläge zur Reform des Sozialstaats. Ziel ist: weniger Bürokratie, mehr Unterstützung aus einer Hand und gerechte Teilhabe für alle.

Bundesministerium für Verteidigung:

Das Verteidigungsministerium wird die Bundeswehr umfassend modernisieren und verteidigungsfähig aufstellen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Landes- und Bündnisverteidigung sowie die Stärkung der NATO-Ostflanke. Die dauerhaft in Litauen stationierte Brigade hat oberste Priorität bei Personal, Ausrüstung und Finanzierung. Auch die Rolle Deutschlands als logistische Drehscheibe in Europa wird weiter ausgebaut. Die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr soll kurzfristig und dauerhaft erhöht werden. Dafür werden ein Planungs- und Beschaffungsbeschleunigungsgesetz eingeführt und Genehmigungsverfahren vereinfacht. Die Ausgaben für Verteidigung steigen deutlich, ein mehrjähriger Investitionsplan sorgt für Planungssicherheit. Der neue Wehrdienst basiert auf Freiwilligkeit und orientiert sich am schwedischen Modell. Gleichzeitig wird die Bundeswehr personell gestärkt – mit mehr Flexibilität, besserer sozialer Absicherung und gezielter Ansprache von Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte. Reserve und Heimatschutz werden ausgebaut, ebenso wie die Fähigkeit zur Verteidigung im Weltraum und im Cyberraum. In der Rüstungs- und Sicherheitspolitik setzt die Bundesregierung auf europäische Zusammenarbeit, schnellere Beschaffung, strategische Beteiligungen und den Ausbau von Schlüsseltechnologien – etwa im Bereich KI, Satelliten, Drohnen oder Hyperschall.

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

Das Bauministerium wird mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen und den Wohnungsbau spürbar beschleunigen. Der soziale Wohnungsbau wird gestärkt, und neue Programme wie „Junges Wohnen“ oder „Starthilfe Wohneigentum“ fördern Familien und junge Menschen. Auch Genossenschaften und kommunale Wohnungsunternehmen erhalten gezielte Unterstützung. Bauen soll einfacher und günstiger werden – mit schnelleren Genehmigungen, dem Gebäudetyp E, seriellen Bauweisen und weniger Bürokratie. Die Mietpreisbremse wird verlängert, um Mieter zu entlasten. Zusätzlich wird die Stadtentwicklung gefördert, um lebenswerte, klimafreundliche und barrierefreie Orte zu schaffen.

Das neue Bundeskabinett

Bundesministerien unter Führung der SPD

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit:

Das Umweltministerium wird den Schutz von Klima, Natur und Mensch enger miteinander verknüpfen. Deutschland bekennt sich klar zu seinen Klimazielen und setzt auf den Weg zur Klimaneutralität bis 2045. Dabei stehen die Reduktion von CO₂-Emissionen, Investitionen in erneuerbare Energien und der Ausbau natürlicher CO₂-Speicher wie Moore, Wälder und Böden im Fokus. Für den Naturschutz wird das Aktionsprogramm „Natürlicher Klimaschutz“ dauerhaft fortgesetzt. Es fördert Biotopverbünde, Moorschutz und die Erhaltung besonders artenreicher Flächen. Ein neues Naturflächenbedarfsgesetz erleichtert die Planung von Schutzgebieten, und auch das „Grüne Band“ entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze wird langfristig gesichert. Die Anpassung an die Folgen des Klimawandels wird stärker unterstützt – etwa beim Hochwasserschutz, bei Hitze Strategien in Städten oder durch gezielte Hilfen für Kommunen. Ein Sonderrahmenplan für Naturschutz und Klimaanpassung wird dafür mit den Ländern aufgesetzt. Im Bereich der nuklearen Sicherheit bleibt Deutschland konsequent: Die Endlagersuche wird ergebnisoffen fortgeführt, Sicherheitsstandards werden eingehalten und die Stilllegung der Kernkraftwerke weiterhin streng überwacht.

Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:

Das Entwicklungsministerium wird die internationale Zusammenarbeit neu ausrichten und stärker mit außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen verzahnen. Deutschland setzt sich weiterhin für die Bekämpfung von Armut, Hunger und Ungleichheit ein – mit besonderem Fokus auf Bildung, Gesundheit, Beschäftigung und gute Regierungsführung. Ein Schwerpunkt liegt auf der Unterstützung von Frauen und Mädchen, etwa beim Zugang zu Bildung und im Bereich sexueller und reproduktiver Rechte. Auch die Zusammenarbeit mit Ländern des Globalen Südens wird intensiviert – durch faire Partnerschaften, bessere Rohstoffsicherung, mehr Investitionen in den Energiesektor und Projekte zur Fluchtursachenbekämpfung. Zukünftig sollen staatlich finanzierte Projekte vorrangig an Unternehmen aus Deutschland und der EU vergeben werden. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit wird ausgebaut – unter anderem durch eine neue Anlaufstelle für Unternehmen, bessere Kreditabsicherung und langfristig angelegte Partnerschaften, unabhängig von starren Länderkategorien. Auch die Migrationspolitik wird mit der Entwicklungszusammenarbeit verbunden: Wer bei Rücknahme eigener Staatsangehöriger kooperiert, kann auf Unterstützung zählen. Die Hilfe für Flüchtlinge in Herkunfts- und Aufnahmeländern wird verstärkt, um Perspektiven vor Ort zu schaffen und gefährliche Fluchtwege zu vermeiden.

Mehr Informationen zu den Zielen der kommenden Bundesregierung

Der ganze Koalitionsvertrag kann hier abgerufen werden:

